

Wichtige Medienmitteilung des Bundesrates für die Einwohnerdienste

13. Dezember 2014

Der Bundesrat will keine Rechtsgrundlagen für einen automatischen Adressdatenaustausch zwischen der Post und den Einwohnerdiensten schaffen. Er wird jedoch die Einführung einer zentralen Adressdatenbank für die öffentliche Verwaltung prüfen, wie er in einem Bericht schreibt.

Mehr Details erfahren Sie [hier](#).